

L-1 Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.11.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag Wirtschaft

1 Ein Leben in Zufriedenheit und Wohlstand, im Einklang mit dem Planeten, ein guter
2 Job und
3 langfristig gesicherte gute Einkommen– all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt
4 den Mut
haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für die Zukunft zu machen und Menschen
die
notwendigen Mittel an die Hand geben, diesen Weg mit uns zu gehen.

5 Ob Dienstleister, Industrie oder Handwerk – um auch in Zukunft noch schwarze
6 Zahlen zu
7 schreiben, muss heute grün investiert werden. Weltweit sind wir längst in einem
8 Wettbewerb
9 um die besten Klimatechnologien, um neue Produktionsstätten und Jobs der Zukunft.
10 China und
11 die USA, aber auch Indien oder Japan haben große Investitionsprogramme aufgelegt,
12 um beim
13 Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Batterieproduktion, bei
Wasserstofftechnologie, grüner
Stahlproduktion, bei E-Mobilität oder Wärmepumpen einen Vorsprung auf den
Weltmärkten zu
erarbeiten. Umso wichtiger ist es, deshalb jetzt an den richtigen Stellschrauben
zu drehen,
damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb standhalten können und sich
Unternehmen hier
ansiedeln.

14 Es ist Zeit für eine aktive grüne Wirtschafts- und Industriepolitik, die
15 nachhaltig und
16 systemisch wirkt und dabei immer auch die ökologischen Belastungsgrenzen unseres
17 Planeten im
18 Blick behält. Wir wissen dabei viele Gründer*innen und Unternehmer*innen an
19 unserer Seite,
20 die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen
21 arbeiten. Und

22 auch Gewerkschaften fordern einen radikalen ökologischen Umbau, um Arbeitsplätze
23 dauerhaft
zu sichern und neue entstehen zu lassen. Das, was die Stadt Berlin dafür tun
kann, muss nun
beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für
kleine und
mittelständische Unternehmen, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der
Unterstützung
klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe
endlich
deutlich aufwerten.

24 Wir wollen eine aktive, grüne Industriepolitik, die Ansiedlungen von Unternehmen,
25 die
26 ökologisch und sozial handeln, befördert sowie ansässige Werke und Unternehmen
27 dabei
28 unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen Chancen
29 nutzt, die
der Bund eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW
(Gemeinschaftsaufgabe
regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. Wir
unterstützen auch
die Forderung nach einem Brückenstrompreis.

30 Die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisenden Technologien bietet die
31 Chance auf eine
32 hohe Anzahl von Arbeitsplätzen in Berlin und Brandenburg. Doch die Transformation
33 kann
34 vollständig nur gelingen, wenn soziale und ökologische Errungenschaften sowie
35 betriebliche
36 Mitbestimmungsrechte auch zukünftig gewahrt und ausgebaut werden. Die Menschen im
37 Handwerk,
im Dienstleistungssektor oder der Industrie, deren Berufe oft ein Höchstmaß an
körperlichem
Einsatz und Verzicht auf persönliche Flexibilität erfordern, müssen vom
Wirtschaftswandel
profitieren. Politik, Gewerkschaften und Unternehmen müssen eng und
vertrauensvoll
zusammenarbeiten.

38 Es sind vor allem die Menschen, die Berlin so attraktiv für
39 Unternehmensansiedlungen machen.
40 Und längst sind die vermeintlich weichen Themen zu harten Standortfaktoren
41 geworden:
42 bezahlbare Mieten, gute Kitas, Schulen, Hochschulen, Orte der Naherholung,
43 soziale und grüne

44 Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, kulturelle Angebote und eine
internationale
Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den rot-
grün-rot
mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen hat, und Berlin weiter zu einer
lebenswerten,
prosperierenden und klimaneutralen Metropole umbauen.

45 Damit dies schnell umgesetzt werden kann, braucht Berlin eine funktionierende
46 Verwaltung mit
47 schnelleren Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und digitalen
48 Verwaltungsprozessen.
49 Das Behörden-Pingpong muss durch eine grundsätzliche Reform der Berliner
Verwaltung beendet
werden. Wir begrüßen, dass der Regierende Bürgermeister das Thema zur Chefsache
erklärt hat
und stehen als Grüne bereit, an einem Gelingen der Reformen mitzuarbeiten.

50 Die Politik muss den Rahmen für die Transformation setzen und dabei konsequent
51 die sozialen
52 Folgen beachten: Der CO2-Preis muss mit einem Klimageld verbunden werden, die
53 Verkehrswende
54 muss so ausgestaltet werden, dass sie für alle mehr Sicherheit und Komfort
55 bedeutet, die
energetische Sanierung der Wohnung muss den Mieter*innen zugutekommen und die
Wärmewende
muss zur BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, nur wer grün und
gerecht
gleichzeitig handelt, wird der Aufgabe Berlin zukunftssicher umzubauen auch
gerecht.

56 **1. Wirtschaft braucht Bündnisse und Fachkräfte**

57 Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen die Mitbestimmung der Belegschaft
58 ermöglichen
59 und gute Löhne zahlen. Schon heute haben Unternehmen, die Nachhaltigkeit als
60 Unternehmensziel haben, weniger Probleme Mitarbeiter*innen zu finden, doch das
61 allein reicht
nicht aus: auch gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung sind dauerhaft zentral.
Attraktive
Arbeitsplätze sind ein wichtiges Rezept gegen Fachkräftemangel.

62 **Gute Arbeitsbedingungen schaffen**

63 Zu guten Arbeitsbedingungen gehören Tarifbindung und ein fairer Lohn, der ein

64 gutes Leben
65 und soziale Teilhabe ermöglicht sowie vor Altersarmut schützt. Um das zu
66 ermöglichen, bedarf
67 es einer kontinuierlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens
68 14 Euro.
69 Gerade in Zeiten der Rezession und sinkenden Wachstums ist es entscheidend, dass
70 Arbeitnehmer*innen nicht in die Armut abrutschen und sich nach wie vor ein gutes
71 Leben
72 leisten können. Die Transformation der Wirtschaft muss Erwerbsarmut beseitigen
und prekären
Arbeitsverhältnissen einen Riegel vorschieben, gerade dort, wo Beschäftigte in
atypischen
Beschäftigungsverhältnissen arbeiten: in Minijobs, in Scheinselbstständigkeit,
befristet
oder in Leiharbeit auf Abruf. Sie müssen vom ersten Tag an gleichwertig zu einer
Festanstellung vergütet werden.

73 Schlecht bezahlte Arbeit ist leider immer noch viel zu oft Frauensache und führt
74 oft zu
75 Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Eine monetäre Benachteiligung bei
76 gleicher bzw.
77 gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts darf es nicht mehr geben,
weshalb wir
nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen
des
Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen,
unterstützen.

78 Gute Arbeitsbedingungen zeichnen sich nicht nur durch mehr betriebliche
79 Mitbestimmung und
80 starke Beschäftigtenvertretungen aus, sondern Gewerkschaften und Betriebsräte
81 müssen ihre
82 Rechte im Rahmen der Tarifautonomie ungehindert und effektiv wahrnehmen können.
83 Damit die
84 Schere bei den Einkommen nicht weiter auseinandergeht, setzen wir uns dafür ein,
85 dass sich
86 mehr Unternehmen in die Tarifbindung begeben. Das von der Bundesregierung
87 geplante
88 Tariftreue- und Tarifstärkungsgesetz, mit dem öffentliche Aufträge an
89 Tarifbindung und
90 Arbeitsbedingungen geknüpft werden sollen, ist ein wichtiger Schritt. Zudem
91 wollen wir eine
erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und eine
wirksame
Beschränkung der nicht tarifgebundenen Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden.
In Berlin

setzen wir uns für eine Wirtschaftsförderung ein, die Tarifbindung einfordert und auf Nachhaltigkeit und Guter Arbeit ausgerichtet ist. Damit das Land seine beträchtliche Marktmacht nutzt, wollen wir die vielen Vergabestellen in die Lage versetzen, Tariftreue bei der Auftragsausführung nicht nur einzufordern, sondern auch zu kontrollieren und durchzusetzen.

92 Die Digitalisierung ermöglicht es, Arbeit anders zu gestalten. Das Land Berlin
93 muss als
94 Arbeitgeber der neuen Zeit gerecht werden und flexibleres Arbeiten, „New Work“
95 und
96 Homeoffice ermöglichen. Überdies soll die 4-Tage-Woche in Pilotprojekten getestet
97 werden.
98 Essenziell ist dabei, eine digitale Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeit zu
99 gewährleisten. Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ist eine zwingende Voraussetzung, um verbindliche Vereinbarungen zum orts- und zeitflexiblen Arbeiten zu ermöglichen und der Überlastung der Beschäftigten vorzubeugen. Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen wir ab.

100 **Fachkräfte gewinnen und halten**

101 Die Wahl des Standorts wird in Unternehmen heutzutage zunehmend von der
102 Verfügbarkeit
103 qualifizierter Arbeitskräfte beeinflusst. Fachkräfte entscheiden sich für
104 Regionen und
105 Städte, die sowohl beruflich als auch persönlich attraktiv sind. Erschwingliche
106 Mieten, eine
107 lebenswerte Stadt, erstklassige Bildungseinrichtungen, Naherholungsorte und
108 erleichterter
109 Familiennachzug sind somit zu harten Standortfaktoren für Unternehmen geworden. Das Finden und Halten von Mitarbeiter*innen stellt viele Unternehmen und Organisationen vor Herausforderungen. Um dem Berliner Fach- und Arbeitskräftebedarf zu begegnen, fordern wir vom Senat, eine Koordinierungsstelle zur Behebung des Fachkräftemangels einzurichten, um so die Zusammenarbeit von Verwaltung, Unternehmen und Bildungsträgern zu stärken.

110 Für die Transformation der Wirtschaft braucht es insbesondere in der
111 Energiebranche und im
112 Handwerk viele neue Arbeitskräfte. Um dem zu begegnen, soll das Land Berlin

113 gemeinsam mit
114 der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer eine Klimaberufe-
115 Strategie
116 entwickeln. Ein Baustein dieser Strategie soll ein Berufsorientierungszentrum für
117 Klimaberufe sein, das dazu beiträgt, die Berufsbilder bekannter zu machen und
118 Interesse zu
wecken. Zudem soll der Senat die Einrichtung eines „OSZ Klimaberufe“ prüfen. Im
Rahmen der
Transformation werden sich neue Berufsbilder ergeben, die auch die Entwicklung
neuer
Ausbildungsberufe nach sich zieht. Die Verfahren zur Schaffung neuer
Ausbildungsberufe
müssen daher beschleunigt werden.

119 Für die Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes braucht es überdies die
120 Einführung der
121 solidarischen Ausbildungsplatzumlage, wie sie in einigen Branchen bereits gelebte
122 Realität
123 ist. Es gibt keine Zeit mehr, weiter auf die Freiwilligkeit der Unternehmen zu
124 setzen.
125 Darüber hinaus wollen wir in die Verbundausbildung investieren und die
126 Zusammenarbeit
127 zwischen Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen stärken, damit die
128 Verbindung zwischen
129 akademischer und beruflicher Bildung verbessert und die Gleichstellung der
130 verschiedenen
131 Bildungswege unterstützt wird. Um mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung
zu gewinnen,
wollen wir Ausbildungscoaching und eine verbindliche Berufsorientierung im
letzten Schuljahr
einführen. Für Arbeitnehmer*innen in körperlich fordernden Berufen fordern wir
ein Angebot
an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten, um im Fall einer körperlichen
Beeinträchtigung, die die weitere Ausübung des Berufs verhindert, eine
Weiterbeschäftigung
innerhalb des Betriebs zu ermöglichen. Dafür muss das Land Weiterbildung und
Umschulungen
stärker fördern und monetär unterstützen.

132 Menschen, die nach Berlin einwandern, sollen einer Arbeit nachgehen können, wenn
133 sie wollen.
134 Auf Bundesebene wurde ein Einwanderungsgesetz beschlossen, das neue Zugangswege
135 für
136 Bildungs- und Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich
137 schafft. Um die
138 Chancen des Einwanderungsgesetzes in Berlin zügig zu nutzen, bedarf es einer

139 besseren
personellen und strukturellen Ausstattung des Business Immigration Center Berlin.
Die
längeren Wartezeiten können durch eine Digitalisierung der Prozesse und
Einrichtung eines
Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden.
Arbeitsverbote für
Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden.

140 Neben einem attraktiven Arbeitsplatz zählt die erschwingliche Wohnung zu den
141 harten
142 Standortfaktoren, um gut ausgebildete Fachkräfte anwerben und halten zu können.
143 Wir
144 unterstützen die neuen Initiativen verschiedener Unternehmen, Werkswohnungen für
ihre
Beschäftigten zu schaffen. Um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen,
fordern
wir die Einrichtung eines Azubi-Werks in Berlin.

145 **2. Wirtschaft braucht Investitionen**

146 Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer
147 Wirtschaft
148 setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler
149 Industrien
erleichtert und Rahmenbedingungen schafft, um die Wirtschaft der Hauptstadt
nachhaltig und
zukunftsfähig zu gestalten.

150 **Nachhaltig in Berlin investieren**

151 Mit der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg
152 (innoBB 2025)
153 haben wir in den letzten Jahren einen Fokus auf Mobilität und Logistik,
154 Energietechnik,
155 Gesundheits- und Digitalwirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft und Optik und
156 Photonik
gelegt und bieten hiermit ein einzigartiges Ökosystem von Wirtschaft, Forschung
und
engagierten Fachkräften. Berlin muss auch in Zukunft eng und im Bündnis mit
Brandenburg
vorgehen. Nur so können wir die Transformation leisten.

157 Private Unternehmen stehen vor der Herausforderung, ihre eigenen Produktions- und
158 Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten. Insbesondere kleine und

159 mittelständische
160 Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen
161 gezielte
162 Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen. Die
163 landeseigene
164 Investitionsbank Berlin (IBB) muss deshalb zu einem starken Instrument der
165 Transformation
166 werden. Die Kredit- und Förderprogramme müssen konsequent an den Klimazielen und
167 den
168 Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Besonders in Zeiten
169 höherer Zinsen
170 können die IBB-Förderprogramme wieder eine starke Wirkung entfalten, wenn
171 Nachhaltigkeit ein
172 grundlegendes Kriterium ist. Wir brauchen statt allgemeiner Innovations- und
Arbeitsplatzförderung gezielte Förderprogramme für die Transformation, z. B. um
mechanische
Verwertungsverfahren in der Kreislaufwirtschaft einzuführen. Bei allen
Förderansätzen gilt
jedoch, dass keine klimaschädlichen Investitionen und Geschäftsmodelle
subventioniert werden
dürfen. Die Geschäfts- und Förderpolitik von Berlin Partner wollen wir auf die
Berliner
Klimaziele, Nachhaltigkeit und Resilienz der Berliner Wirtschaft gegenüber
zukünftigen
Krisen ausrichten. Zudem soll die Zielgruppe sozialer und solidarischer
Unternehmen stärker
adressiert werden.

173 Darüber hinaus möchten wir Green StartUps fördern, die mit innovativen Ideen und
174 Produkten
175 den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft ebnen. Dies umfasst den Zugang zu
176 Finanzierung,
sowie zu Beratungs- und Netzwerkangeboten, die jungen Unternehmen helfen, sich am
Markt zu
etablieren und zu expandieren.

177 Um nachhaltige Wirtschaftsimpulse zu setzen, wollen wir bestehende
178 Gründungszentren und die
179 11 Berliner Zukunftsorte zu Transformationsorten weiterentwickeln. Diese Orte
180 sollen zu
181 Inkubatoren für nachhaltige Innovationen und grüne Geschäftsmodelle werden, die
182 Wirtschaft,
183 Wissenschaft und Gesellschaft miteinander vernetzen und Synergien schaffen. Hier
kann das
Institut für Angewandte Forschung Berlin (IFAF Berlin) eine zentrale Rolle
spielen und den

Raum für Experimente, Wissensaustausch und kooperative Projekte eröffnen, die den ökologischen und sozialen Wandel vorantreiben.

184 Wir erwarten, dass das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“
185 so genutzt
186 wird, dass es klimaneutrales Wirtschaften befördert; die Mittel müssen jedoch
187 zusätzlich zu
188 bisherigen Maßnahmen im Regelhaushalt sein und dürfen diese nicht ersetzen. Sie
189 müssen zudem
eine hohe klimaschützende Wirkung haben. Der Forderung aus der Zivilgesellschaft,
dass bei
der Verausgabung der Mittel und der Überprüfung von deren Wirksamkeit
Expert*innen aus
Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden sein sollen, schließen wir uns an.

190 **Im Sinne des Gemeinwohls fördern**

191 Soziale Unternehmen und die solidarische Wirtschaft sind Treiber*innen der
192 ökologischen und
193 sozialen Transformation der Berliner Wirtschaft und Gesellschaft. Mit ihren am
194 Gemeinwohl
195 orientierten Geschäftsmodellen und Projekten eröffnen sie neue Wege, um die
196 digitalen,
197 sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Daher haben wir die
198 Förderprogramme des Landes besser auf diese zukunftsweisenden Unternehmen
199 zugeschnitten. Wir
fordern, dass der Senat hier anknüpft und die Förderung weiter ausbaut, weitere
Vernetzungsangebote schafft, und nach dem Vorbild der „Nationalen Strategie für
soziale
Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen“ der Bundesregierung
strukturelle
Hemmnisse für eine positive Entwicklung des gemeinwohlorientierten Sektors in
Berlin abbaut.

200 Genossenschaften tragen zur demokratischen Selbstbestimmung bei und zeichnen sich
201 durch ihre
202 Langlebigkeit aus. Sie sind z.B. im Bereich Wohnen und Energie aktiv und
203 fungieren ebenso
204 als bewährte Rechtsform kooperativ wirtschaftender Unternehmen. Gründer*innen,
205 die
206 Genossenschaften ins Leben rufen wollen, sollen gezielte Unterstützung des Landes
z. B. bei
Beratungsleistungen, sowohl im rechtlichen als auch finanziellen Bereich
erhalten.
Beschäftigte, die in einer solchen kooperativen Form in gemeinsamer Verantwortung

die

Unternehmensnachfolge sichern, sollen eine besondere Förderung erhalten.

207 Die öffentliche Auftragsvergabe von Senat und Bezirken möchten wir effizienter
208 und
209 zielgerichteter gestalten und die Mitarbeiter*innen der Verwaltung entlasten.
210 Dafür müssen
211 wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter*innen in
212 die Lage
213 versetzen, fundierte Entscheidungen nach sozialen und ökologischen Kriterien zu
treffen.
Dass wir Beschaffungsvorgänge anwendungsfreundlicher gestalten und Bürokratie
abbauen
müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die öffentliche Auftragsvergabe muss
dabei auch auf
kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet sein.

214 Vergabeprozesse sollen vermehrt Innovationspartnerschaften vorsehen, z.B.
215 zwischen Startups,
216 etablierten Unternehmen und der öffentlichen Hand. Damit werden mehr innovative
217 Projekte
möglich, die jungen Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Ideen zu skalieren
und
erfolgreich am Markt zu platzieren.

218 **Den neuen Wohlstand finanzieren**

219 Grüne Finanzpolitik kann entscheidend dazu beitragen, das gesellschaftliche
220 Zusammenleben
221 und die Transformationsprozesse aktiv zu gestalten. Hierzu sind neben der
222 Förderung
223 nachhaltiger Unternehmen auch Investitionen in eine klimaneutrale öffentliche
224 Daseinsvorsorge und Infrastruktur, wie Schulen und öffentlicher Nahverkehr,
225 zentral. Die
226 derzeitigen Schuldenregeln bremsen jedoch wichtige staatliche Investitionen aus
227 und
228 gefährden damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die wirtschaftliche
229 Entwicklung und die
230 Transformation hin zu einem klimaneutralen und resilienten Berlin. Es ist daher
Zeit, weg
von einer rein quantitativen Schuldenbewertung und hin zu einer qualitativen
Bewertung der
Schuldenaufnahme zu kommen, welche dem Landes- und den Bezirkshaushalten die
Möglichkeiten
einräumt, die staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen und zu

verbessern.

Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden.

231 In 1,5 Jahren grüner Verantwortung im Finanzsenat haben wir die Finanz- und
232 Haushaltspolitik
233 stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Im Januar 2023 haben wir die erste
234 Nachhaltigkeitsanleihe des Landes Berlin mit sehr großem Erfolg aufgelegt. Durch
235 diese wird
236 die ökosoziale Transformation Berlins unterstützt und sie zeigt, dass die
237 ökologische
238 Transformation mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur Hand in Hand zu denken
ist. Dies
muss fortgeführt und ausgebaut werden. Der schwarz-rote Senat wirft die
Nachhaltigkeit
jedoch über Bord und zeigt mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/25 und dem
darin
enthaltenen Abschmelzen aller Rücklagen, wie kurzsichtig und unseriös er
wirtschaftet.

239 Unsere grünen Senatsverwaltungen für Finanzen und Klimaschutz hatten (mit der
240 Haushaltsaufstellung für die Jahre 2024 und 2025) begonnen, die Klimawirksamkeit
241 staatlicher
242 Ausgaben im Rahmen eines Klimamonitorings zu erfassen. Dieser Ansatz einer
nachhaltig
orientierten Finanz- und Haushaltspolitik soll zu einem Klimabudget ausgebaut
werden.

243 **3. Wirtschaft braucht nachhaltige Ressourcen**

244 Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung spricht von einem „Renewables-Pull-
245 Faktor“
246 und meint damit, dass international, aber auch im Wettbewerb der deutschen
247 Regionen, die
248 Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien eine immer wichtigere Rolle bei
249 Standortentscheidungen von Unternehmen spielen wird. Bereits heute werden
250 Neuansiedlungen im
251 Ost und Norden Deutschlands genau damit begründet und Länder wie Bayern
252 befürchten aufgrund
253 fehlender erneuerbarer Energie Industrieabwanderungen. Es wird immer klarer: der
254 Ausbau der
255 Erneuerbaren ist aktive Industriepolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass in
Gewerbegebieten
Anlagen – Solar wie auch Wind – schneller genehmigt und errichtet werden können

und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat darüber hinaus das Potenzial, zum grünen Standort für nachhaltige Batterieproduktion zu werden – mit ausschließlicher Produktion über erneuerbare Energien, einer Second-Life-Industrie zur Zwischenspeicherherstellung und dem Recycling wertvoller Ressourcen.

256 Wir müssen alle Formen der Energiespeicherung verbessern und die Forschung darin
257 deutlich
258 stärken. Neben besseren Batterien und dekarbonisierten Wärmenetzen wird auch
259 echter grüner
260 Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen. Dabei wird Wasserstoff zuvorderst
261 für
Industrie und in der Langstrecke sinnvoll sein. Das Land Berlin muss seiner Verantwortung gerecht werden und klar den Vorrang von Wasserstoff für die Wirtschaft aussprechen und darf nicht länger Wasserstoff als die Allzwecklösung für alle Bereiche verplanen.

262 Brandenburg hat gemeinsam mit Berlin einen Maßnahmenkatalog für den Aufbau einer
263 Wasserstoffstrategie vorgelegt. Der neue Berliner Senat ist bis heute eine
264 maßnahmengenaue
265 Unterlegung der H2-Roadmap schuldig geblieben. Wir fordern eine eigene
266 Wasserstoff-Strategie
267 in Berlin, die systematisch die bestehenden Industriegebiete und Zukunftsorte in
268 den Blick
269 nimmt und diese ins Wasserstoff-Zeitalter holt. Die vom schwarz-roten Senat verfolgte Strategie, Wasserstoff für die Wärmeversorgung einzusetzen, könnte sich zum Standortrisiko für die Berliner Industrie entwickeln, die auf grünen Wasserstoff für die energieintensive Produktion angewiesen ist.

270 Ein Schwerpunkt jeder nachhaltigen Wirtschaftspolitik liegt auf der Förderung der
271 Kreislaufwirtschaft. Rohstoffe sind nicht nur in der Erde, sondern auch in
272 Gebäuden,
273 Infrastrukturen und Deponien vorhanden. Besonders das Recycling kritischer, für
274 die
275 Transformation notwendiger Rohstoffe trägt zur größeren Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten bei und reduziert die Abhängigkeit von Importen. Wir wollen die Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen steigern.

276 An zentraler Stelle steht der Bau- und Gebäudesektor. Laut dem Bundesumweltamt
277 haben
278 Bauabfälle mit ca. 60 % den höchsten Einzelanteil im Abfallaufkommen und haben
279 mit Abstand
280 den größten Anteil der CO₂-Emissionen. Deshalb muss mit der Bauordnung auch der
Abriss von
Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur
noch mit
wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden.

281 Um dem Innovationspotenzial sowohl im Bestand als auch im Neubau zum Durchbruch
282 zu verhelfen
283 und die Bauwirtschaft und den Immobiliensektor zukunftsfähig aufzustellen, wollen
284 wir das
285 dafür notwendige und im Innovationsprozess entstehende Wissen und Know-how in
Zusammenarbeit
mit Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Wirtschaftsverbänden in
einem
Berliner Bauinnovationszentrum bündeln und zugänglich machen.

286 **4. Wirtschaft braucht Forschung und Innovation**

287 Für eine nachhaltige und prosperierende Stadt haben Aus-, Fort- und
288 Weiterbildung,
289 Innovation und Unternehmertum eine Schlüsselrolle inne. Wir setzen uns für eine
290 Wirtschafts-
und Wissenschaftspolitik ein, die kreative Ideen fördert, technologische
Fortschritte
unterstützt und dabei konsequent auf ökologische und soziale Standards achtet.

291 Wir bekennen uns zu der Freiheit von Forschung und Lehre und wollen die wichtige
292 Vorbildrolle, die Hochschulen, deren Lehrkräfte, Forscher*innen und Student*innen
293 bei der
294 sozial-ökologischen Transformation einnehmen, fördern. Dabei müssen wir Schritt-
295 und
296 Sprunginnovationen gleichermaßen in den Blick nehmen. Wir sehen in innovativen
297 Durchbrüchen
298 das Potenzial, nachhaltige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft
299 herbeizuführen und
300 Berlin als Standort für zukunftsweisende Technologien und Geschäftsmodelle zu
301 stärken. Doch
302 soll die Konzentration auf Disruptionen nicht den Blick darauf verstellen, dass
die meisten
Errungenschaften durch graduelle Verbesserungen und kontinuierliche
Forschungspfade

aufeinander aufbauender Entwicklungen ihre heutige Reife erhalten haben. Wir unterstützen daher Förderansätze, die den Weg von der Idee bis zur Marktreife effektiv unterstützen, und neben den Ressourcen auch Rahmenbedingungen, die Innovationsprozesse begünstigen und beschleunigen schaffen.

303 Dabei gilt es Zukunftstechnologien, wie z. B. Künstliche Intelligenz, deren
304 Entwicklung
305 rasend schnell geht, gezielt voranzubringen. Die Grundsatzentscheidung, ob Berlin
306 in diesem
307 Bereich auch zukünftig ein relevanter Player sein wird, muss jetzt getroffen
308 werden. Berlin
309 verfügt bereits über Leuchtturmprojekte, die ihre Leuchtkraft aber noch nicht
310 vollständig
311 entfalten konnten. Das Berliner Kompetenzzentrum BIFOLD ist eines der fünf
312 geförderten
313 nationalen universitären KI-Zentren. Allerdings holen andere Standorte in
314 Deutschland mit
315 massiven Investitionen und großer landespolitischer Unterstützung stark auf. Im
316 Gegensatz zu
klassischen Startups, zum Beispiel aus den Ingenieurdisziplinen, findet KI-Grundlagenforschung ihren Weg schnell in die Anwendung. Um den Standortvorteil Berlins auszuschöpfen, bedarf es weiterer finanzieller Unterstützung der Forschungseinrichtungen, um eine Vernetzungsplattform für die gesamte KI-Szene Berlins zu bieten und so interdisziplinäre und innovative Forschung zu ermöglichen. Es bedarf außerdem der Flankierung und Verknüpfung von landeseigener Wissenschaftsförderung mit dem Kompetenzzentrum, um die KI-Forschungslandschaft in Berlin stärker zu bündeln.

317 **5. Wirtschaft braucht Platz**

318 Unsere Stadt braucht Lager-, Produktions- und Werkstattflächen, Ladenflächen und
319 Büroflächen. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, u. a. oft zum Wohnen.
320 Die
321 Entwicklung der Gewerbemieten setzt Betriebe und soziale Einrichtungen stark
322 unter Druck.
323 Durch ein flächendeckendes Gewerbekataster soll die Verfügbarkeit von
324 Gewerbeflächen
325 dynamisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Landeseigene
326 Gewerbeimmobilien
können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unternehmen die benötigten Flächen, möglichst energieeffiziente Gebäude und Infrastruktur (inkl. erneuerbarer Energie durch

Photovoltaik-

Anlagen auf den Dächern) bereitzustellen. Landes- und bezirkseigene
Gewerbegebiete in Berlin
sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden.

327 Das Angebot an landeseigenen Gewerbeflächen und die Standortprofile der
328 Gewerbehöfe,
329 Gründer- und Innovationszentren müssen erhöht werden und die Flächenvergabe muss
330 transparent
331 und gemäß dem Leitbild klimaneutraler und nachhaltiger Wirtschaft an Unternehmen,
332 vergeben
333 werden. Aktuell wird der erste neue landeseigene Gewerbehof von der WISTA
334 Management GmbH in
335 Berlin Lichtenberg geplant, aber der neue Senat bringt hier nichts voran. Wir
brauchen
dringend weitere landeseigene Gewerbehöfe für die Gründungsförderung,
Innovations- und
Industriepolitik, KMU-Förderung und generelle Unternehmensansiedlung. Grundstücke
für
Gewerbe gemeinwohlorientiert entwickeln – das heißt für uns auch die Förderung
der Gründung
von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz.

336 Wir treten energisch dafür ein, das Handwerk zukunftssicher und nachhaltig zu
337 gestalten. Das
338 Berliner Handwerk in seiner ganzen Vielfalt ist einer der wichtigsten
339 Wirtschaftsfaktoren in
340 Berlin und spielt eine tragende Rolle auf dem Weg der Stadt zur Klimaneutralität:
341 ob bei der
342 energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Bau von Solaranlagen oder beim Einbau
343 von
Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen lokale Betriebe stärken
und ihre
Verdrängung stoppen. Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene
Gewerbeflächen
genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietpiegel,
besseren
Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.